



AfD-Hamburg: Kruses neue Töne

Der dreimonatige Aufenthalt im sonnigen Kalifornien scheint dem Chef der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Prof. Dr. Jörn Kruse, sehr gut bekommen zu sein. Doch waren es nur Sonne, Strand und ein schönes Green, die den Professor der Volkswirtschaftslehre dazu veranlassten, endlich klare Töne zum Thema Massenzuwanderung ungebildeter Mohammedanerhorden zu finden? Oder hat er, der nicht unerheblichen Anfeindungen ausgesetzt war, weil er seiner Frau während eines Gastsemesters an der Stanford-University Gesellschaft leistete, in dieser Zeit nicht nur den örtlichen Golfplatz, sondern vielleicht auch einige Wahlkampfveranstaltungen des Präsidentschaftskandidaten Donald Trump besucht?

Diesen Eindruck mussten jedenfalls diejenigen gewinnen, die seine Rede in der Bürgerschaft zum Thema Christenverfolgung am 13. April 2016 (Video oben) verfolgt haben. Hier fand er zu dem Antrag der CDU-Fraktion "Christen und andere Minderheiten unter den Flüchtlingen besser schützen" deutliche Worte. So sagte Kruse unter anderem:

„Die Menschen, die zu uns kommen, haben drei wesentliche Merkmale: erstens sind sie leider nicht gut ausgebildet oder Akademiker, sondern meistens sehr einfach Strukturierte, was ein erhebliches Problem für die Integration ist. Das zweite Problem ist: Die meisten sind Männer und zwar gerade in einem bestimmten Alter, wo die Männlichkeit eine besondere Rolle spielt. Und drittens: Die meisten von ihnen sind Muslime.“

Vor diesem Hintergrund, so Kruse, könne man konstatieren, dass Deutschland und damit auch Hamburg gegenwärtig mit einer Migration konfrontiert sei, die "im Kern von gleichermaßen ungebildeten wie jungen Männer getragen wird, die mehrheitlich eine muslimische Sozialisation erfahren haben". Die meisten Menschen kämen aus Regionen, die geprägt seien von gewaltsam ausgetragenen religiösen Konflikten, wozu nicht selten auch die Diskriminierung oder Unterdrückung von Christen und anderen religiösen Minderheiten zähle.

Kruses Äußerungen, denen die anderen Fraktionen wohl auf sachlicher Ebene nicht entgegen konnten oder wollten, führten zu einem regelrechten Eklat in der Bürgerschaft. Nach lautstarken Zwischenrufen wie „das ist Volksverhetzung“ wurde der Ältestenrat einberufen, ein Verfahren, das selten ist in der Hamburgischen Bürgerschaft und eigentlich nur bei schwerwiegenden Verstößen gegen die parlamentarische Ordnung zur Anwendung gelangt. Die 40-minütige Sitzung des Ältestenrates verlief jedoch ergebnislos, da eine Einigung nicht herbei geführt werden konnte.

Am nächsten Tag ergriff Kruse erneut das Wort, um eine persönliche Erklärung abzugeben, in der er wie folgt Stellung nahm:

„Ich sage Ihnen heute, ich stehe zu allem, was ich gestern gesagt habe. Und ich habe die Einberufung zum Ältestenrat aufgrund meiner Rede als den Versuch der Einschüchterung betrachtet.“

Auf eine Ermahnung durch die Bürgerschaftspräsidentin, das Instrument der persönlichen Bemerkung diene dazu, Angriffe auf die eigene Person zurückzuweisen, die sich aus den Vorträgen und Reden aus dem Plenum ergeben, und die Androhung, ihm das Wort zu entziehen, antwortete Kruse:

„Und wenn jemand von seiner politischen Position her glaubt, mir rote Linien vorgeben zu können, was ich sagen darf und

was nicht, dann sind die Personen auf dem Holzweg.“

Hier das Video der persönlichen Bemerkung Kruses:

Vielen Dank an Professor Kruse für seine klaren und unmissverständlichen Worte, mit denen er einem großen, wenn nicht dem weit überwiegenden Teil der AfD-Anhänger und -Wähler sowie vielen Deutschen aus der Seele spricht. Nun bleibt abzuwarten, inwieweit diese Worte sich auch in der weiteren Politik der AfD-Fraktion wiederfinden werden. Denn für ähnlich klare Worte, dies sei nicht vergessen, musste erst vor wenigen Wochen der AfD-Abgeordnete Dr. Ludwig Flocken die AfD-Fraktion verlassen. (hg)



**SPD-„Journalist“ fordert bei
Bayerischer
Verfassungsschutz-PK
Beobachtung der AfD**



Die Methoden der Großen Koalition im Kampf gegen die AfD werden immer absurder – und unfairer. Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes am 11. April hatten kritische Medien keine Chance. Dafür kam ein anderer »Journalist« zu Wort: Ein Mitarbeiter der Bayern-SPD (*Foto links*), der für die Sozialdemokraten in deren Parteizentrale in München arbeitet, äußerte ausgiebig sein Unverständnis für den Verfassungsschutzbericht.

In Fragen gekleidet trug der sozialdemokratische »Medien«-Mann Thomas Witzgall vor, die AfD müsse doch eigentlich beobachtet werden:

Und siehe da: Zwar sieht das Innenministerium keine rechtliche Handhabe, die AfD zu beobachten. Doch, so ließ man auf Drängen des SPD-»Journalisten« verlauten, auf einzelne Mitglieder hätten Herrmanns Schlapphüte schon ein Auge geworfen.

Der Landesvorsitzende der AfD in Bayern, Petr Bystron, erklärt *metropolitico* im Interview, was seiner Ansicht nach hinter dieser Diffamierung steckt. Die Motive für die Beobachtung des Islamkritikers Michael Stürzenberger liegen aus Sicht Bystrons ebenfalls klar auf der Hand.

Weiter im Artikel von Christian Jung [bei metropolitico](#). Hier seine Video-Reportage über den Skandal:

[Bei „Endstation Rechts“](#) kann man die Ergüsse des SPD-

„Journalisten“ Thomas Witzgall über den Bayerischen Verfassungsschutzbericht 2015 nachlesen.



Islam-U-Boot Cemile Giousouf in der C*DU



Die Moslemin Cemile Giousouf entstammt der türkischen Minderheit aus der Region Thrakien in Griechenland und besitzt die doppelte Staatsbürgerschaft. Die 37-jährige ist „Integrations“-Beauftragte der C*DU/C*SU-Bundestagsfraktion, Mitglied im NRW-Landesvorstand und die erste moslemische Direktkandidatin der C*DU für den Bundestag. Sie wurde in ihrem Hagener Wahlkreis, wo sie nur einen „[Briefkastenwohnsitz](#)“ haben soll, allerdings nicht direkt gewählt, sondern kam 2013 über die nordrhein-westfälische Landesliste der C*DU in den Bundestag. Sie betreibt emsig mohammedanische Lobby-Arbeit, was man auch in der Phoenix-Runde zur aktuellen Kontroverse um die Islam-Thesen der AfD am Dienstag Abend gut beobachten konnte.

(Von Michael Stürzenberger)

Diese Phoenix-Diskussion stand unter dem Motto „Islam-Kontroverse – Welche Religionen gehören zu Deutschland?“ und wurde um 22:15 Uhr ausgestrahlt. Giousouf wettetert darin zusammen mit Ender Cetin, dem Geschäftsführer der DITIB-Moschee Sehetlik in Berlin, gegen Dr. Marc Jongen, den stellvertretenden Landesvorsitzenden der AfD in Baden-Württemberg und Mitglied der Bundesprogrammkommission.



Giousouf vergleicht die AfD „in ihrer Rhetorik“ mit Salafisten und stimmt Merkel zu, dass die Thesen der AfD die „Religionsfreiheit“ angriffen. Die CDU sei mit ihrer Islampolitik ein „Vorreiter“. Die Mohammedanerin verteidigt die Auslandsfinanzierung von Moscheen, behauptet, dass Terroristen „häufig keine Anbindung an Moscheen“ hätten, in europäischen Ländern aufgewachsen seien und vor allem aus „sozialen Motiven“ handelten. Moslems seien „zum größten Teil integriert“ und die Gastarbeiter hätten das Land „mitaufgebaut“. Hier ihre Aussagen in der Diskussionsrunde:

In der Phoenix Mediathek kann man sich [die gesamte Sendung](#), in der Marc Jongen übrigens eine gute Figur machte, ansehen.

Bereits im November 2014 fiel Cemile Giousouf äußerst unangenehm auf, als sie mit Vertretern der vom Verfassungsschutz beobachteten Milli Görüs posierte:

„Ich habe die Menschen ein Stück weit überfordert“

29.12.2014 | 12:45 Uhr



Cemile Giousouf, Bundestagsabgeordnete für die CDU, ist wegen umstrittener Äußerungen in die Kritik geraten. Foto: Archiv/MX

In ihrer aktuellen Pressemitteilung vom 13. April fordert sie allen Ernstes Islamunterricht in den Schulen, islamische „Theologie“ an den Hochschulen, moslemisches Personal für die „Seelsorge“ in Krankenhäusern und Strafvollzugsanstalten sowie den Ausbau und die Intensivierung von islamischen Akademien in Deutschland. Also Islam, Islam und noch mehr Islam in Deutschland: